

ARGE freie Wohlfahrtspflege
Caritas-Zentren München Stadt/Land
Herrn Norbert J. Huber
Geschäftsführer
Hirtenstraße 4
80335 München

30.06.2017

**Antworten auf die Wahlprüfsteine der ARGE Freie München
anlässlich der Bundestagswahl 2017**

1. Teilhabe durch Arbeit und Beschäftigung

- **Die Ermöglichung von Teilhabe durch Arbeit und Beschäftigung für alle Menschen, die in München leben**
- **Einführung angemessener, bürokratiearmer Instrumente zur individuellen und wirksamen Arbeitsförderung**

Antwort:

Die Gruppe der Grundsicherungsempfänger ist uneinheitlich. Deswegen fordern wir eine Regelförderung, die den individuellen Herausforderungen der Arbeitslosen gerecht wird. Dazu gehören passgenaue Integrationsstrategien und nachhaltige Teilhabemöglichkeiten. Die Erfahrung mit befristeten Sonderprogrammen für Langzeitarbeitslose zeigt, dass sie keine verlässlichen Perspektiven bieten, bürokratisch sind und zu wenige erreichen.

Darum setzen wir uns dafür ein, die Arbeitsförderung finanziell und personell besser auszustatten. Alle Instrumente müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass individuelle und verzahnte Förderketten zur Arbeitsmarktintegration möglich werden. Außerdem wollen wir einen Sozialen Arbeitsmarkt einrichten, da nicht jeder Arbeitslose kurz- und mittelfristig in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln sein wird.

2. Bildung, Kinder, Jugend und Familie

- **Die kommunale Bildungslandschaft muss sich konsequent an den Bedürfnissen und Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen orientieren und von diesen partizipativ und inklusiv mitgestaltet werden können.**

Antwort:

Kommunale Bildungslandschaften sind für uns ein wichtiger Baustein, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Wir setzen uns für die Abschaffung des überbürokratischen und nahezu wirkungslosen „Bildungs- und Teilhabepaket“ ein und wollen es in gute Angebote umwandeln, die Kinder und Jugendliche tatsächlich erreichen. Damit endlich alle Eltern und Kinder, die einen Platz in einer Ganztagschule suchen, diesen auch finden, wollen wir das Kooperationsverbot im Grundgesetz aufheben und ein neues Bundesprogramm über 4 Mrd. € auflegen.

Die Umsetzung der Inklusiven Lösung unter der großen Koalition ist gescheitert. Wir werden uns deshalb dafür einzusetzen, dass die nächste Bundesregierung unter intensiver Beteiligung der Fachwelt eine Reform zur Umsetzung der „Inklusiven Lösung“ im SGB VIII auf den Weg bringt. Eine „Jugendhilfe light“ lehnen wir Grüne entschieden ab.

3. Alter

- **Der Gesetzgeber muss Rechtssicherheit herstellen für die Organisation und Finanzierung von haushaltsnahen Diensten für den Personenkreis der älteren, noch nicht pflegebedürftigen sowie für Menschen aus einkommensschwachen Haushalten.**

Antwort:

Für uns ist es wichtig, dass alle Menschen selbstbestimmt leben können, auch im Alter und bei Pflegebedürftigkeit. Weder ihr Wohnort noch ihre Versorgung dürfen vom Geldbeutel abhängen. Wir stehen zum Grundsatz „ambulant vor stationär“. Wir wollen Menschen ermöglichen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben zu können. Denn das ist es, was die meisten Menschen sich wünschen. Deswegen wollen wir ambulante Pflege- und Betreuungsangebote ausbauen und zum Beispiel auch den Kostenvorbehalt bei Leistungen der Eingliederungshilfe wie auch bei der „Hilfe zur Pflege“ aufheben. Denn dieser Kostenvorbehalt kann dazu führen, dass ambulante Wohnformen von den Sozialhilfeträgern aus Kostengründen abgelehnt werden. Stattdessen wollen wir zumindest für Pflegebedürftige die individuelle Beratung durch ein Case-Management sicherstellen, die dabei hilft, in den eigenen vier Wänden ein passendes Betreuungsarrangement zu organisieren. Die darüber hinaus geforderten Klarstellungen sind aus unserer Sicht zu prüfen.

4. Gesundheit

- **Das Angebot für demenziell Erkrankte in Form von Wohngemeinschaften muss für die Betroffenen finanziell abgesichert werden.**

Antwort:

Wir wollen insbesondere neue Wohn- und Lebensformen wie Pflege-WGs unterstützen und ausbauen. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass für Menschen mit entsprechendem Bedarf sowohl ein Anspruch auf Eingliederungshilfe als auch auf Hilfe zur Pflege bestehen

muss. Die Leistungen sollen jedoch gut verzahnt sein. Die fehlenden Klarstellungen in Bezug auf die Finanzierung der Betreuungsleistungen in ambulant betreuten WGs in Bayern sind ein landesspezifisches Problem. Meine Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, fordert eine klare Zuordnung der Kostenträgerschaft bei Sozialhilfebedarf in diesen Wohnformen. Wir haben dazu auch einen Antrag gestellt, der einstimmig angenommen wurde ([vgl. Bayerischer Landtag, Drs. 17/9672,
https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP17/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000006000/000006320.pdf](https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP17/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000006000/000006320.pdf)).

5. Migration, Asyl

- **Die personelle Ausstattung der Asylsozialarbeit muss stabilisiert, die Migrationsberatung personell und finanziell ausgebaut werden. Eine Regelfinanzierung ist dringend erforderlich.**

Antwort:

Kommunen und freie Wohlfahrtspflege werden mit der Aufgabe der Asylsozialarbeit vielfach allein gelassen. Die Grüne Landtagsfraktion in Bayern fordert deutlich mehr Geld für Asylsozialarbeit, denn der vorgesehene 1:150-Schlüssel in der Betreuung wird in vielen Flüchtlingsunterkünften in Bayern nicht erfüllt.

Die Migrationsberatung für erwachsene Einwanderinnen und Einwanderer (MBE) leistet exzellente Arbeit. Sie ist aber in einem Maße unterfinanziert, das nicht verantwortbar ist. Gleichzeitig werden die Leistungsanforderungen immer weiter vergrößert. Seit Jahren fordern wir eine Erhöhung der Mittel für die MBE – zuletzt auf 62 Mio. Euro.

Neben einer angemessenen Finanzierung sind auch Strukturreformen nötig. Denn in der Steuerung lokaler Integrationsangebote herrscht ein großes Durcheinander: Das Innenministerium finanziert die MBE. Das Bildungsministerium legt ein Programm „Bildungskoordinatoren für Neuzuwanderer“ auf. Und die Bundesanstalt für Arbeit fördert den Aufbau kommunaler Integrationsanlaufstellen. Jedes Ministerium agiert für sich – ohne kohärente Steuerung. Das wollen wir ändern.

6. Wohnen

- **Der soziale Wohnungsbau muss in den Metropolregionen, wie München, besonderes Augenmerk und Berücksichtigung durch Bundesförderprogramme finden.**

Antwort:

Menschen mit kleinerem und mittlerem Einkommen müssen wieder bezahlbare Mietwohnungen finden, das gilt insbesondere für Ballungsräume wie München. Wir wollen daher in den nächsten zehn Jahren eine Million dauerhaft günstige Mietwohnungen neu schaffen - mit einem Sofortprogramm für eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit und Steuerbefreiung, wenn die Wohnungen günstige Mieten für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen haben. Wir erhöhen die Mittel des Bundes für die Wohnraumförderung der Länder auf mindestens zwei Milliarden Euro. Zusätzlich stehen wir für ein sozialgerechtes Mietrecht und eine funktionierende Mietpreisbremse mit Auskunftsrechten statt

Rügepflichten und streichen die Ausnahmen für modernisierte, möblierte und vorher teurer vermietete Wohnungen. Wohnen darf nicht länger Armutsrisiko sein.

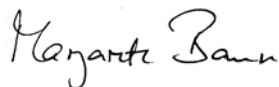
7. Steuer- und Finanzpolitik

- **Einführung einer gerechten Steuer- und Finanzpolitik, die Solidarität, Sicherheit und sozialen Frieden in den Städten und Gemeinden Deutschlands gewährleistet**

Antwort

Unser Ziel ist ein gerechtes Steuersystem mit zielgenauen Entlastungen und einem fairen Beitrag von Wohlhabenden. Geringe Einkommen entlasten wir über eine Anpassung des Grundfreibetrags, finanziert durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für Single-Einkommen ab 100.000 Euro. Mit unserem Familienbudget in Höhe von 12 Milliarden Euro wollen wir Kinderarmut gezielt bekämpfen und Familien auch steuerlich fördern. Und von den Reichsten in unserer Gesellschaft erwarten wir, dass sie mehr als bisher dazu beitragen unsere Infrastruktur zu erhalten. Wir wollen deshalb eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögensteuer für Superreiche. Die Gewerbesteuer wollen wir zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Dadurch sichern wir den Kommunen eine solide und verlässlichere Einnahmequelle. Alle Kommunen müssen die Mittel haben, um ihre Aufgaben bewältigen und damit den sozialen Frieden gewährleisten zu können.

Mit freundlichem Gruß



Margarete Bause

Bundestagskandidatin im Wahlkreis München Ost